

Monetarisierung in verschiedenen Engagementfeldern:

Diskussionslinien und Statements

Fachtagung

„Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement: Wieviel Geld verträgt das Ehrenamt?“

veranstaltet durch die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung der Staatskanzlei Rheinland Pfalz und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, 15. September 2015 in Mainz

Inhalt

Monetarisierung in verschiedenen Engagementfeldern: Zusammenfassung der Diskussion	1
Statements der Podiumsgäste:	4
<i>Statement von Simon Eggert, Zentrum für Qualität und Pflege</i>	<i>4</i>
<i>Statement von Pfarrer Albrecht Bähr, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz und LIGA Vorsitzender der freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz.....</i>	<i>7</i>
<i>Statement von Petra Regelin, Vize-Präsidentin des Landessportbundes Rheinland-Pfalz.....</i>	<i>8</i>

Monetarisierung in verschiedenen Engagementfeldern: Zusammenfassung der Diskussion

Im bürgerschaftlichen Engagement hat sich eine Vielzahl von Formen der Bezahlung und monetärer Ansätze herausbildet. Die Gründe und Traditionen sind vielfältig. Im Rahmen der Fachtagung „Monetarisierung im bürgerschaftlichen Engagement: Wieviel Geld verträgt das Ehrenamt?“ im September 2015 diskutierten in zwei Runden Gäste aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zunächst im Rahmen moderierter Gespräche auf dem Podium und anschließend mit dem Plenum über Entwicklungslinien, Hintergründe, Erscheinungsformen und Auswirkungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Die Diskussionen werden im Folgenden zusammengefasst und um Statements der Podiumsgäste ergänzt.

An Prof. Gisela Jakobs einführenden Vortrag vom Vormittag anknüpfend nahm die Moderatorin Dr. Lilian Schwalb, BBE, eingangs darauf Bezug, dass in der Praxis verschiedene Facetten und Formen von Geldzahlungen vorherrschen. Zu beobachten sei ein breites Spektrum, das von der Erstattung von Auslagen über eine Entschädigung von Aufwänden bis hin zu Formen der finanziellen Anerkennung von Engagement, Entlohnung und Vergütung der Tätigkeiten reicht. Diese gehen in verschiedenen Engagementfeldern mit unterschiedlichen Traditionslinien einher. Anreize für das Engagement in monetärer Form, Anerkennung durch materielle Ressourcen und Vergütungen werden den Traditionen folgend heute in unterschiedlichem Ausmaß und in verschiedener Intensität und Ausprägung genutzt. Gründe und Akzeptanz für die jeweilige Form im Feld und Auswirkungen variierten je nach den spezifischen Gegebenheiten in den Engagementfeldern.

Thema der ersten Diskussionsrunde war, die unterschiedlichen Entwicklungs- und Traditionslinien sowie Herausforderungen in drei Engagementfeldern exemplarisch in den Blick zu nehmen: Im Sport, in der Pflege sowie in den Sozialen Diensten im weiteren Sinnen und in Wohlfahrtsverbänden im engeren Sinne. Im Fokus stand die Frage, wie sich Verbindungen zu Geld entwickelt haben und welche verschiedenen Wirkungen Geld im jeweiligen Bereich einnimmt. Auf dem Podium waren vertreten: Petra Regelin, Vize-Präsidentin Bildung des Landessportbunds Rheinland-Pfalz, Pfarrer Albrecht Bähr, Sprecher der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz und Vorsitzender der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz, sowie Simon Eggert, Mitarbeiter am Zentrum für Qualität in der Pflege.

Für den Bereich des Sports wurde die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervorgehoben. Ohne das Engagement der im Sportverein tätigen Engagierten, ehrenamtlichen FunktionsträgerInnen, der TrainerInnen und vielen HelferInnen sei das System nicht aufrecht zu erhalten. Die Vergabe der Übungsleiterpauschale im Sport sei ein etabliertes Instrument, mit dem jedoch keine Zeit vergütet, sondern allein die Rückerstattung von Sachaufwendungen durch die TrainerInnen erleichtert werde. Als wesentliche Herausforderung in dem Bereich wurde die Besetzung und Gewinnung von ehrenamtlichen Vorstandsämtern beschrieben. Diese könne man jedoch nicht über monetäre Anreize gewinnen, sondern es brauche hier vielmehr neue Systeme der Gewinnung und Bindung sowie attraktive Angebote der Qualifizierung.

Diskutiert wurde, dass Geld und Entlohnung im Bereich der ehrenamtlichen Pflege und Eingliederungshilfe eine zunehmende und teils fragwürdige Rolle spiele. Die fortschreitende Entwicklung monetärer Tendenzen in diesem Bereich wurde auf dem Podium kritisch betrachtet: Die Zunahme hänge vor allem mit einem zunehmenden Pflegebedarf und Fachkräftemangel aber auch einer fehlenden Bereitschaft in der Gesellschaft zusammen, für Pflege Geld auszugeben. Gleichsam wurde darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber die Einsetzung von Ehrenamtlichen beim gesellschaftlichen Versorgungsauftrag im Gesetz quasi determiniert habe. Spannungslinien gebe es hier nicht nur hinsichtlich einer zunehmenden Monetarisierung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch bei der Frage, wie Ehrenamtliche und Hauptamtliche im Versorgungsmix tätig werden können. Die Strukturen für monetäre Anreize und die Spannbreite an Entlohnungen in diesem Bereich seien dabei bundesweit sehr heterogen und reichen laut einer Studie des Deutschen Vereins von 5 - 25

Euro für stundenweise Entlohnungen als ehrenamtlich deklarierte Tätigkeiten.¹ Die Podiumsteilnehmenden warnten vor einem Missbrauch von Ehrenamt im Pflegebereich: Ehrenamtlichkeit dürfe nicht dazu genutzt werden, wettbewerbsfähig zu bleiben oder die Aufgaben des Staates zur Daseinsvorsorge zu erfüllen. Der Begriff Ehrenamt müsse vielmehr hinsichtlich seiner Grundintention überdacht und neue Möglichkeiten für niedrigschwellige Angebote im Bereich Pflege gefunden werden.

Zudem wurde in der Diskussion auf ein weiteres internes Spannungsfeld aufmerksam gemacht, das bei der Auseinandersetzung mit Monetarisierungstendenzen berücksichtigt werden müsse: Auch für finanziell weniger gut gestellte Menschen müsse die Möglichkeit gegeben sein bzw. erhalten bleiben, sich zu engagieren und kulturell teilzuhaben. Soziale Ungleichheiten müssten verhindert werden. Es brauche stabile Engagementinfrastrukturen und verlässliche Standards, damit diejenigen, die es wollen, sich auch engagieren können.

Unter den Podiumsgästen bestand Einigkeit, dass eine stärkere Auseinandersetzung mit dem Thema erforderlich sei und es Lösungen zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen bedürfe. Die Anerkennung und Wertschätzung von bürgerschaftlichem Engagement spielt hierbei eine wichtige Rolle. Die Meinung, dass Anerkennung sich nicht durch Geld und Preise ausdrücken lasse, fand auch Zustimmung bei den Teilnehmenden der Tagung. Kritisch wurde die Forderung von Rentenpunkten als Anerkennung für ein Ehrenamt diskutiert: Angemerkt wurde hier, dass diese nicht nur eine weitere Form monetärer Anreize darstellen, sondern zugleich bürokratische Konsequenzen für die Organisationen erfordern würde. Wichtig seien vor allem eine nachhaltige Sicherung von Anlaufstellen für Engagement sowie Qualifizierungsangebote für Organisationen und Engagierte. Es wurde ferner dazu angeregt, neue Formen und Möglichkeiten zu finden, freiwilliges Engagement besser wertzuschätzen, z.B. durch eine stärkere partizipativere Einbindung. Gleichzeitig wurde der Abbau von Bürokratiehemmnissen im bürgerschaftlichen Engagement seitens der Landesregierung gefordert.

¹ Dokumentation „Bürgerschaftliches Engagement im Umfeld von Pflege – Ergebnisse einer Länderbefragung durch den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. 2013/2014“: https://www.deutscher-verein.de/de/uploads/hauptnavigation/peq/pdf/laenderbefragung_dv_2013-2014.pdf

Statements der Podiumsgäste:

Statement von Simon Eggert, Zentrum für Qualität und Pflege

Die Rolle und die Potenziale freiwilligen Engagements im pflegerischen Versorgungsmix

Derzeit wird die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes von freiwillig Engagierten vor allem im Bildungs- und Sozialwesen unter verschiedenen Aspekten – unter anderem auch dem der Monetarisierung – breit diskutiert. In der Pflege spielen freiwillige Unterstützer schon heute eine wichtige Rolle. Ihr Einsatzgebiet liegt maßgeblich auf dem Gebiet der niedrighwelligen Angebote: Sie sollen zu sozialer Teilhabe beitragen, begleiten und entlasten. Doch gerade die Tatsache, dass freiwillig Engagierte eher keine körperbezogene Verrichtungen der Pflege ausführen, kann zu Konflikten mit dem professionellen Verständnis von Pflegefachkräften kollidieren, die die ganzheitliche Versorgung eines Menschen als ihre Aufgabe verstehen und eine weitere Segmentierung ihrer Tätigkeit befürchten.

Freiwillig Engagierte finden sich somit oftmals in einem Spannungsfeld zwischen eigensinnigem Beitrag zum Wohlbefinden pflegebedürftiger Menschen auf der einen Seite und qualitätszusichernder und in ein versorgerisches Gesamtkonzept zu integrierender Tätigkeit auf der anderen Seite wieder, das mit anderen Helfern koordiniert und konsentiert werden muss.

Eine Diskussion über die Rolle des Engagements im Pflegesektor ist u.a. der Tatsache geschuldet, dass die Rahmenbedingungen für Pflege und die Lebenssituation pflegebedürftiger Menschen in einer Gesellschaft des langen Lebens einem Wandel unterworfen sind:

- Es ist aktuell von einer weiteren erheblichen Zunahme Pflegebedürftiger und insbesondere demenziell erkrankter Menschen auszugehen.
- Die Zahl der Pflegebedürftigen, die in Ein-Personen-Haushalten leben, steigt insbesondere in den größeren Städten kontinuierlich an.
- Dabei stagniert das familiäre Pflegepotenzial – derzeit tragen mindestens 4,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger zur Versorgung ihrer pflegebedürftigen Verwandten bei.
- Eine erwartete Fachkräftelücke von über 200.000 Pflegeprofis bis ins Jahr 2020 wird auch von Angehörigen nicht zu kompensieren sein.
- Nicht nur Familienangehörige haben eventuell Vorbehalte oder keine Möglichkeit die Pflege von Angehörigen zu übernehmen – auch die Pflegebedürftigen selbst wünschen nicht unbedingt, von ihrem engsten Umfeld pflegerisch versorgt zu werden.
- Zugleich besteht eine sehr hohe Präferenz, das Leben auch mit Einschränkungen in der häuslichen Umgebung aufrecht zu erhalten.

Entsprechend gewinnt ein individueller, den Bedürfnissen und Ressourcen pflegebedürftiger Menschen angepasster „Versorgungsmix“ an Bedeutung, um so weit wie möglich den gewohnten Alltag in der vertrauten Umgebung fortzusetzen und die Teilhabe an der Gesellschaft zu erhalten. Dabei wird

mit Blick auf die Engpässe in der pflegerischen Versorgung die Frage immer drängender, wie professionelle Pflegekräfte, informelle Pflegepersonen aus dem sozialen Umfeld des Pflegebedürftigen und freiwillig Engagierte bestmöglich kooperieren und sich ergänzen können. Aus aktuellen Studien ist bekannt, dass schon heute bei der Pflege gerade die Bedürfnisse hilfe- und pflegebedürftiger Menschen nach sozialer Teilhabe häufig zu kurz kommen. Genau an diesem Punkt setzen viele freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger an und unterstützen hilfe- und pflegebedürftige Menschen dabei, ihren Alltag bedürfnisgerecht zu gestalten.

Interessierte können mittlerweile zwischen vielen Optionen wählen, sich in diesen Versorgungsmix einzubringen. Neben den gut etablierten Formen der Besuchs- und Begleitdienste wie beispielsweise im Rahmen der kirchlichen Nachbarschaftshilfe oder der ehrenamtlich getragenen Hospizbewegung sind weitere Varianten entstanden, die sich auf generations-/kulturübergreifende oder andere quartiersbasierte Aspekte konzentrieren. Gleiches gilt etwa für die qualifizierte Beratung. Hier finden sich neben den ebenfalls bereits gut etablierten Möglichkeiten im Rahmen der Selbsthilfe zunehmend weitere Angebote, wie etwa die psychosoziale Begleitung von Angehörigen oder die Wohnberatung. Die Unterstützung der gesellschaftlichen Teilhabe von älteren, mobilitätseingeschränkten Menschen in strukturschwachen Gebieten ist ein weiterer Bereich, in dem kreative Formen des Engagements zunehmend gebraucht werden.

Laut einer ZQP-Sonderauswertung des Freiwilligensurveys engagieren sich aktuell knapp drei Prozent der Gesamtbevölkerung im Engagementfeld Gesundheit und Pflege. Die hier Aktiven sind überwiegend älter, weiblich, gut qualifiziert und überdurchschnittlich engagiert. Sie bringen sich vielfach zusätzlich in unterschiedlichen sozialen Bereichen wie Sport, Kirche, Jugendarbeit oder Erwachsenenbildung ein.

Mit einer repräsentativen ZQP-Bevölkerungsbefragung kann zudem ein grobes Bild davon gezeichnet werden, wie das Engagementfeld Pflege in der Gesamtbevölkerung wahrgenommen und eingeschätzt wird:

- Grundsätzlich findet immerhin knapp ein Drittel der Befragten ein Engagement in der Pflege attraktiv.
- Die Befragten glauben, dass vor allem das Bedürfnis nach neuen Erfahrungen, neuen Kontakten und sinnstiftenden Tätigkeiten Menschen für diese Aktivität motiviert. Umgekehrt befürchten sie aber auch, dass die Konfrontation mit Krankheit und Tod, allgemeine psychische und physische Belastungen und die Angst vor Überforderung und Vereinnahmung wiederum abschreckend wirken könnten.
- Aus Sicht der Befragten sollten Engagierte vor allem in der Alltagsbegleitung, Freizeit, sozialen Integration, bei Ämtergängen und bei der Vertretung von Rechten pflegebedürftiger Menschen verstärkt eingesetzt werden.
- Dies wird aus ihrer Sicht aber nur dann gelingen, wenn Interessierte auch entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden. Dazu gehören beispielsweise feste Ansprechpartner, eine Anerken-

nungs- und Wertschätzungskultur und Angebote zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterqualifizierung.

Die Ergebnisse der ZQP-Befragung unter kommunalen Sozial- und Pflegeplanern weisen in eine ähnliche Richtung wie die ZQP-Bevölkerungsumfrage:

- Etwa zwei Drittel der befragten Vertreter kommunaler Verwaltungen befürworten eine Ausweitung des freiwilligen Engagements in der Pflege.
- Wichtige Einsatzfelder für Engagierte sind aus ihrer Sicht die Alltagsbegleitung, die soziale Teilhabe, Begleitung bei Ämtergängen und die Vertretung von Rechten hilfe- und pflegebedürftiger Menschen.
- Allerdings sehen sich die meisten Befragten zurzeit von der Politik noch nicht ausreichend unterstützt, um in den Kommunen geeignete Rahmenbedingungen für mehr Engagement in der Pflege zu schaffen.

Nicht zuletzt wegen eines als beträchtlich angesehenen Unterstützungsbedarfs, werden Möglichkeiten für ein Engagement in der Pflege – insbesondere durch die Regelungen im SGB XI – politisch und finanziell stark gefördert. Diese Tendenz erfährt derzeit eine Verstärkung durch die Neuformulierungen maßgeblich im § 45 des elften Sozialgesetzbuchs, die mit dem Pflegestärkungsgesetz II vorgenommen werden. Insbesondere die unter dem neuen Oberbegriff „Angebote zur Unterstützung im Alltag“ zusammengefassten Betätigungsmöglichkeiten für freiwillig Engagierte bieten Chancen auf eine teilweise lohnvergleichbare und steuerprivilegierte Einnahmequelle.

Soweit die begrenzt belastbare aktuelle Zahlenlage solche Aussagen zulässt, scheinen die Entlohnungsrealitäten in den einzelnen Bundesländern jedoch so divers wie die Engagementstrukturen in Deutschland insgesamt zu sein. Abgesehen von unterschiedlichen Modellen, nach denen Aufwände entschädigt werden können, wird bundes- aber auch bundeslandweit eine große Bandbreite von stundenweisen Vergütungssätzen angegeben. Für die überwiegende Zahl der Engagierten, die überhaupt Vergütungen erhalten, scheint ein Stundensatz zwischen fünf und zehn Euro realistisch, er kann jedoch auch darüber liegen.

So ist also mit dem Faktor der Monetarisierung des Engagements im Umfeld Pflege umzugehen. Diese ist politisch offenbar mehrheitlich gewünscht und wird als Instrument der Engagementförderung verstanden. Gleichwohl werden Fragen des direkten finanziellen Anreizes nach wie vor kontrovers diskutiert. Befürworter verweisen u.a. auf die oftmals hochqualifizierte Arbeit von Freiwilligen, die immer häufiger umfangreiche Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durchlaufen. Daneben könnten sich ökonomisch benachteiligte gesellschaftliche Gruppen ohne „Aufwandsentschädigung“ ein freiwilliges Engagement und eine Teilhabe womöglich nicht leisten. Kritiker solcher monetären Anreize verweisen dagegen vor allem auf die Bedrohung der Eigentümlichkeit ehrenamtlicher Tätigkeit, die sich einer Entlohnungslogik gerade entziehen müsse, um nicht Betriebsmechanismen der professionellen Anbieter unterworfen zu werden. Nur in seiner Unabhängigkeit würde ehrenamtliche Unterstützung als echtes Komplement zu professionellen Versorgungsstrukturen wirken können.

Zudem wird auf die Gefahr eines konkurrierenden womöglich den Mindestlohn unterlaufenden Niedriglohnssektors innerhalb des ohnehin schon sehr heterogenen Versorgungsarbeitsmarktes hingewiesen.

Jenseits der Diskussionen über die Dimension von angemessenen Aufwandsentschädigungen herrscht zumindest Konsens darüber, dass Engagement nicht kostenlos zu haben ist. Faktoren die eine Verstetigung und Ausweitung von freiwilligem Engagement begünstigen würden, wären vor allem solche der koordinierenden Strukturgebung, sozialen Vernetzung, Weiterbildung und Begleitung sowie der authentischen Anerkennung.

Statement von Pfarrer Albrecht Bähr, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz und LIGA Vorsitzender der freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz

Die LIGA der freien Wohlfahrtspflege hat 2014 ein Papier herausgegeben, in dem sie sich deutlich zum bürgerschaftlichen Engagement der freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz äußert. Im Bezug zur Monetarisierung und damit zur Funktionalisierung des bürgerschaftlichen Engagements schreibt sie in der fünften These: „Seit einiger Zeit ist ein starker Trend zur Funktionalisierung und Monetarisierung der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeitsform zu beobachten – sei es aus Gründen der zunehmenden Unterfinanzierung sozialer Dienstleistungen, des Rückzugs des Staates aus seiner sozialstaatlichen Verantwortung oder des demografischen Wandels - und einem einhergehenden Mangel an qualifiziertem Personal insbesondere in den Pflegeberufen.“

Diese Entwicklung läuft dem eigentlichen Charakter des bürgerschaftlichen Engagements zuwider. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht als Lückenbüßer für personelle und/oder finanzielle Engpässe oder gar als fester Bestandteil der Personalplanung (um-)funktionalisiert werden. Auch ungeklärte, intransparente Mischungen und Grauzonen zwischen den verschiedensten Tätigkeiten von entgeltlichem Engagement bis hin zu Vollerwerbsarbeiten unter dem „Deckmantel“ ehrenamtlicher Tätigkeit – bergen die Gefahr einer schleichenden Abwertung und Aushöhlung des bürgerschaftlichen Engagements.

Die fortschreitende Verstaatlichung der Freiwilligendienste ist ein deutliches Beispiel für die Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagements. Mit Aussetzen der Wehrpflicht und Einführen des Bundesfreiwilligendienstes wurde die staatliche Regulierung mit den Freiwilligendiensten noch weiter verschärft und mit der Erwartung verknüpft, den Wegfall des Zivildienstes im sozialen Bereich zu einem Großteil aufzufangen. Dabei gelten die Freiwilligendienste neuerdings nicht mehr nur als Bildungs- und Sozialisationsprojekt, sondern zunehmend auch als Beitrag zur Bewältigung der Probleme, die insbesondere mit dem demografischen Wandel in unserer Gesellschaft einhergehen. Teilweise werden die Freiwilligendienste als arbeitsmarktpolitisches Instrument missbraucht.

Die geschilderten Entwicklungen werden aber auch die Wohlfahrtsverbände vor neue Herausforderungen stellen. Denn nicht übersehen werden soll, dass die Überlegungen der stärkeren Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement zumindest in Teilen notwendig und sogar vorteilhaft sein

könnte. Es bedarf einer neuen Abgrenzung, was sinnvoll im Haupt- und Ehrenamt geleistet werden kann. Dabei ergibt sich die Chance für viele Arbeitsfelder erneut zu prüfen, ob ehrenamtliches und freiwilliges Handeln nicht neue Erfahrungen, neue Herausforderungen und Mehrwert für alle Beteiligten mit sich bringen könnte. Zentral muss jedoch die Grundintension allen ehrenamtlichen Handelns bleiben. Der ehrenamtlich Handelnde hat, ob er nun ein Entgelt in kleiner Form dafür bekommt oder nicht, immer darauf zu achten, dass er in seiner Tätigkeit unabhängig bleibt und die Freiwilligkeit seines Handelns gesichert wird.

Wohlfahrtsverbände werden in Politik und Gesellschaft dafür eintreten, dass ungeklärte Grauzonen innerhalb des bürgerschaftlichen Engagements geklärt werden; die Funktionalisierung der Engagierten nicht ausgenutzt wird und weiterhin echtes bürgerschaftliches Engagement möglich bleibt.

Statement von Petra Regelin, Vize-Präsidentin des Landessportbundes Rheinland-Pfalz

Aus den aktuellen DOSB-Sportentwicklungsberichten ist bekannt, dass die Gewinnung und Bindung ehrenamtlicher Funktionsträger aktuell eine Herausforderung für die Sportvereine darstellt. Dies gilt vor allem für formalisierte Vorstands- und Leitungsfunktionen, die von jungen Menschen immer seltener übernommen werden.

Vor diesem Hintergrund bildet die Ehrenamtsförderung im Sportverein eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Sportverbände. Es ist mehr denn je entscheidend, die Attraktivität für das Ehrenamt zu steigern und moderne Fördermaßnahmen zu entwickeln, die zur Motivation für ein nachhaltiges und verlässliches Engagement beitragen. Sichtbar wird dies in dem Bestreben der Verbände und Vereine, ein Freiwilligenmanagement im Sport aufzubauen bzw. Formen der Anerkennung (z. B. Ehrenamtspreise, Ehrenamtsnachweise, Ehrenamtscard etc.) zu entwickeln.

Darüber hinaus helfen die Instrumente der Übungsleiterpauschale und der Ehrenamtspauschale das Engagement im Sport zu unterstützen. Dabei geht es eindeutig **nicht** um eine Bezahlung der geleisteten Arbeit sondern vielmehr um einen Auslagenersatz als Entschädigung selbst eingebrachter Auslagen (Fahrtkosten, Telefonkosten, Porto, Ausbildungs- und Fortbildungskosten, Ausgaben für Sportbekleidung und für Sportgeräte, usw.). In der Diskussion um eine mögliche „Monetarisierung des Ehrenamts“ ist diese Aufwandsentschädigung von einer gezielten Bezahlung im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses zu unterscheiden. Die Möglichkeit, Aufwand zu entschädigen, bildet einen unverzichtbaren und wichtigen stabilisierenden Rahmen für das ehrenamtliche Engagement. Dabei werden die vom Gesetzgeber vorgesehenen Pauschalen in den wenigsten Fällen ausgeschöpft.

Was die bezahlte Mitarbeit im gemeinnützigen Sport betrifft, gibt es ergänzend zur ehrenamtlichen Arbeit unterschiedliche Beschäftigungsverhältnisse (Vollzeit- Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, freie Mitarbeit auf Honorarbasis). Großsportvereine sowie Mehrspartenvereine haben häufiger bezahlte Mitarbeiter/innen als kleinere Vereine und Einspartenvereine. 25 Prozent aller Sportvereine verfügen über bezahlte Mitarbeiter/innen, 75 Prozent der Sportvereine haben überhaupt keine be-

zahlten Mitarbeiter/innen. Insgesamt entfällt im Bundesschnitt lediglich 1 bezahlter Mitarbeiter auf zweihundert Vereinsmitglieder (siehe DOSB-Sportentwicklungsbericht 2013/2014).

Die vorliegenden Zahlen der DOSB-Sportentwicklungsberichte machen deutlich, dass von einer Monetarisierung der ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeit im gemeinnützigen Sport keine Rede sein kann. Die vielfältige Vorstandsarbeit im Sportverein oder auch die Tätigkeit als Übungsleiter ist durch eine Motivationslage geprägt, die keine monetäre Grundlage besitzt. Neben altruistischen Motiven geht es den „Sportlern“ vor allem um die Freude an der Bewegung sowie an der Vermittlung und der Organisation von Bewegung, darüber hinaus aber auch um Partizipation, Selbsterfahrung und um die Erweiterung von Kompetenzen. Auf der Grundlage dieser Motivationslagen der ehrenamtlich Engagierten ist das traditionelle gemeinwohlorientierte Sportvereinssystem gewachsen und hat sich nicht zuletzt dadurch zum größten Akteur der Zivilgesellschaft entwickelt.

Die demographische Entwicklung, veränderte Lebensstile und sich wandelnde Wertvorstellungen beeinflussen zunehmend die Bewertungsgrundlage der ehrenamtlichen Arbeit und deren Ausgestaltung. Immer häufiger stellt sich die Frage, wie sich gerade die traditionellen Formen des Ehrenamts mit den modernen Lebensformen vereinbaren lassen. So sind die im Rahmen einer Tätigkeit erworbenen Kompetenzen wichtige Schlüsselqualifikationen, die im Berufsleben genutzt werden können. Diese Möglichkeiten gilt es in Zukunft auszubauen und für das Ehrenamt und freiwillige Engagement im Sport zu werben.

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de